

# Ein Ja zur Südumgehung aus Mariental

**Grasleben/Mariental.** Weil er ohne Abstimmung mit dem Gemeinderat gehandelt hat, droht Marientals Ortsbürgermeister Martin Klein Ungemach. Thema ist die Entlastungsstraße für Grasleben, deren Streitpotenzial sich damit über die Graslebener Gemeindegrenzen hinaus ausdehnt.

Eine vier Seiten umfassende Pressemitteilung hat die ZukunftsGruppe Mariental, ein Zusammenschluss aus SPD und Bürgerfraktion mit den Ratsmitgliedern Marcel Luckstein, Fred Worch, Christa Müller und Lothar Meyer, verfasst, die einen Brief Martin Kleins kritisiert, den er als Ortsbürgermeister Marientals bei der Gemeinderatssitzung in Grasleben verteilt hatte. Klein hatte im Namen der Gemeinde Mariental geschrieben, dass die Ortschaft eine Südumgehung um Grasleben herum unter anderem deshalb ablehnen würde, weil die beiden Ortsteile Horst und Dorf durch diese Straße getrennt würden.

Die ZukunftsGruppe Mariental betont nun, dass der Marientaler Gemeinderat noch gar keinen Beschluss gegen die Südumgehung gefasst, das Thema nicht einmal auf der Tagesordnung hatte.

Die gesamte Mitteilung der ZukunftsGruppe Mariental lesen Sie hier:

*“Nach dem deutlichen partei- und fraktionsübergreifenden Votum des Rates der Stadt Oebisfelde-Weferlingen (23 Ja-Stimmen und eine Enthaltung) zu einem Grundsatzbeschluss für eine Südumgehung und dem nun gefassten Mehrheitsvotum des Rates der Gemeinde Grasleben zur Beendigung der weiteren Planung einer (Nord-)Nordumgehung, wächst der kommunale Druck auf die Landkreise und Länder, die regions- und länderübergreifende Südumgehung endlich voranzubringen.*

*Die ZukunftsGruppe Mariental begrüßt den deutlichen Beschluss des Stadtrates Oebisfelde-Weferlingen sowie den aktuellen Beschluss des Gemeinderates Grasleben und spricht sich ebenso deutlich für die weitere Verfolgung einer Südumgehung aus.*

*Seit der langersehnten Deutschen Einheit, hat sich die Verkehrssituation in der Region Mariental-Grasleben-Weferlingen-Walbeck kontinuierlich verändert und insbesondere der Schwerlastverkehr in allen genannten Orten dramatisch zugenommen. Es ist bereits jetzt absehbar, dass sich die Situation in Zukunft nicht verbessert, sondern mit noch einem weiteren Anstieg, insbesondere des Schwerlastverkehrs zu rechnen ist.*

*Von dieser Situation ist nicht nur allein die Magdeburger Straße in Grasleben betroffen. Dort ist zwar durch die Enge der Straße eine besondere Situation, doch der Verkehr belastet darüber hinaus auch die komplette Ortsdurchfahrt von Grasleben und auch von Mariental-Horst. Alle Anwohnerinnen und Anwohner dieser stark befahrenen Straßen sind deshalb gleichermaßen von Lärm, Abgasen und Erschütterungen betroffen. Diesbezüglich muss auch aus Sicht der ZukunftsGruppe Mariental der Blick bei einer entsprechenden Planung einer Entlastungsstraße, auf die größtmögliche Entlastung, sprich aller Anwohnerinnen und Anwohner in allen Gemeinden, an allen betroffenen Straßen gerichtet sein. Und dabei nicht nur mit Blick auf unsere Mitgliedsgemeinden in der Samtgemeinde, sondern solidarisch und gemeinschaftlich auch über die Landesgrenze hinaus in die Stadt Oebisfelde-Weferlingen.*



*Weiterhin sieht der Marientaler Bürgermeister und die Ratsmehrheit eine Trassenführung zwischen den beiden Ortsteilen von Mariental kritisch. Begründet wird dies mit dem Argument, keine zweite Teilung für die Ortsteile Mariental-Horst und Mariental-Dorf. Aus Sicht der ZukunftsGruppe Mariental würde durch eine Südumgehung zunächst einmal die vorhandene Teilung im Ortsteil Mariental-Horst beseitigt. Eine Straßenquerung im Ort, wo es weder einen Zebrastreifen, eine Fußgängerampel noch 30er-Zonen auf der Hauptstraße gibt – viele Fahrzeuge sogar die 50 km/h mit 70 km/h aufwärts verwechseln – würde endlich durch eine Verkehrsentslastung erleichtert werden.*

*Die Sicherheit und die Gesundheit der Anlieger im Ortsteil Mariental-Horst dadurch zu dem verbessert. Die ZukunftsGruppe Mariental fragt sich deshalb, wie kann ein Bürgermeister und die CDU-MF-Gruppe gegen solch eine Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger in Mariental-Horst sein?*

*Festzuhalten gilt es zunächst auch, dass eine endgültige Trassenführung der Südumgehung bisher noch garnicht vorliegt bzw. beschlossen ist. Die derzeitigen Zeichnungen als Entwürfe für mögliche Trassen, sehen aber im Übrigen, wie oft immer falsch im Ort propagiert, keine Trassierung direkt an den derzeitigen Grundstücken am Ortsrand von Mariental-Horst vor, sondern einen entsprechenden Abstand von beiden Orten und Grundstücken. Damit wäre eine Verlagerung des Verkehrsproblems von der Ortsmitte zum Ortsrand und eine Belastung dieser Anwohnerinnen und Anwohner ausgeschlossen. Eine solche Lösung würde selbstverständlich auch die ZukunftsGruppe Mariental nicht mittragen.*

*Sollte eine Südumgehung nicht komplett um beide Ortsteile von Mariental, sondern tatsächlich zwischen den beiden Ortsteilen, z.B. auf einem Teil des Feldweges und damit weit von den Bebauungen entfernt langführen, so würde dies für die Gemeinde aus Sicht der ZukunftsGruppe Mariental sogar positive Weiterentwicklungsmöglichkeiten mit sich bringen. Der Verkehr der Firma Steinecke, der sich zur Zeit über den schmalen Dammröder Berg plagt, unmittelbar an der Kindertagesstätte vorbei, könnte ggf. mit einer separaten Anbindung auf die Südumgehung ausgelagert werden und Mariental-Horst damit innerörtlich noch mehr entlastet werden. Links und rechts der Umgehung gäbe es zu dem weitere Entwicklungsmöglichkeiten für die Gemeinde. Statt die Straße trennend, sollte man sie dann als verbindend sehen, könnten sich an dieser doch ggf. neue gewerbesteuereinbringende Ansiedlungen (ein Einkaufsmarkt und ein Rasthof) ansiedeln und zu einer Bereicherung der Gemeinde Mariental beitragen. Auch das von der CDU Mariental in ihrem Wahlprogramm versprochene, jedoch im Gemeinrat nun selbst abgelehnte Baugebiet, angrenzend an dem Gebiet „Am Bärenedenkmal“, wäre mit entsprechenden natürlichen Lärmschutzmaßnahmen, analog wie die jetzigen im Baugebiet Bärenedenkmal zur B244, ebenso denkbar.*

*Abschließend gilt es auch die immer wieder kritisch gesehenen Wald- und Landschaftsgebiete, die die Südumgehung durchfahren würde, aus Sicht der ZukunftsGruppe Mariental, in einen Abwegungsprozess zu überführen. Sicherlich gilt es die Aspekte des Umwelt- und Naturschutzes nicht zu verachten aber der Schutz und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger an den verkehrsbelasteten Straßen, sollte hier nicht aus den Augen gelassen werden. Menschenleben und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, hier: eingeschränkt durch Lärm und Abgase, sind auch Sicht der ZukunftsGruppe Mariental genauso ein wichtiges Gut. Und letztendlich zeigt sich auch wieder genau in dieser Diskussion, dass es keine klare Haltung des Bürgermeisters und der Ratsmehrheit in punkto Umwelt- und Naturschutz gibt. Denn die Fällung der Bäume im Wäldchen am Dahlienplatz und in der Buchenallee für ein neues Baugebiet, werden umwelt- und naturschutzrechtlich als*

*unbedenklich gesehen und das obwohl in der Wahlperiode 2006 bis 2011 schon der geplante Park im Wäldchen am Dahlienplatz aus Baumschutzrechtlichen Gründen nicht realisiert werden konnte. Die Straßenführung einer Entlastungsstraße, die die Situation für die Anwohnerinnen und Anwohner im Ort verbessern und wie die jetzige Straße zwischen Mariental und Grasleben oder auch die A2, ebenso durch den Lappwald führen würde, diese wird dann unter umwelt- und naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten vom Bürgermeister und der CDU-MF-Gruppe kritisiert.*

*Selbst Fred Worch, ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Mariental, denkt inzwischen über die Südumgehung für die Region anders. 'Bisher bin ich von einer anderen Trassenführung und so weiter direkt an der Wohnbebauung ausgegangen. Auch wurde uns von der Samtgemeindeverwaltung immer wieder deutlich gemacht, dass es kein Interesse seitens Sachsen-Anhalts gibt. Das sich dies jedoch nur auf die Nordumgehung bezogen hat, kann ich nun nachvollziehen, da es den Orten in Sachsen-Anhalt nichts gebracht hätte. Das klare Signal des Stadtrates Oebisfelde-Weferlingen über die Parteigrenzen hinweg für eine Südumgehung, signalisiert mir jedoch, dass es den klaren Willen zu einer gemeinsamen regionalen Lösung gibt, der ich mich nicht verschließen und die, wie ich nun feststellen muss unheimliches Potenzial auch für die Gemeinde Mariental und seiner Bürgerinnen und Bürger mit sich bringen könnte.'*

*Die ZukunftsGruppe Mariental als Minderheitsgruppe im Rat der Gemeinde Mariental wünscht sich diesbezüglich, dass sich die politischen Akteure der Region in den Kreisen Helmstedt und Börde, den Landtagen in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt und auch im Bund, für eine schnelle und unkomplizierte Lösung auf den Weg machen und eine schnelle Umsetzung zum Wohle der Anwohnerinnen und Anwohner aller belasteten Straßen dieser Region vorantreiben."*

Quelle: <https://helmstedter-sonntag.de/2022/03/26/ein-ja-zur-suedumgehung-aus-mariental/>